

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 18. Februar 1955

Nummer 7

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Februar 1955

Die internationale Konjunktur zeigt auch Mitte Februar 1955 weiterhin aufwärtsgerichtete Tendenz. In den westeuropäischen Ländern hält der Aufschwung im bisherigen Tempo weiter an, und in den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Aufwärtsbewegung, die gegen Ende 1954 wieder einsetzte, weitere Fortschritte gemacht. Während in einigen europäischen Ländern die Aufwärtsentwicklung zu Ansätzen partieller Übersteigerungen führte — so z. B. in Schweden, weniger in Großbritannien, wo die Ende Januar erfolgte Diskonterhöhung von 3 auf $3\frac{1}{2}$ % konjunkturpolitisch mehr als vorbeugende Maßnahme anzusehen ist —, kann doch von einer allgemeinen Übersteigerung der Konjunktur in der westlichen Welt nicht gesprochen werden. Selbst im Falle, daß die Konjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika wieder etwas stärker anziehen sollte, dürfte die Gefahr einer solchen Übersteigerung in den nächsten Monaten kaum gegeben sein. An den internationalen Rohstoffmärkten haben die Preise unter dem Einfluß der stetigen europäischen Nachfrage und politischer Momente leicht angezogen. Im Kohle- und Stahlsektor zeigt sich nur auf einigen nationalen Märkten — z. B. in Großbritannien und Westdeutschland — eine gewisse Anspannung. Verknappungen an einzelnen Rohstoffen, wie z. B. an Kupfer, sind nur partiell und zum Teil durch Angebotsbeschränkung bedingt. Sie dürften nicht zu allgemeinen Schwierigkeiten an den Weltmärkten führen. Eine Zunahme des in den letzten Jahren stagnierenden Handels mit den Rohstoffländern auf Grund einer weiteren Expansion der westlichen Weltwirtschaft könnte überdies nur erwünscht sein, da die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Rohstoffländern noch sehr unterschiedlich und zum Teil keineswegs befriedigend ist.

Die konjunkturelle Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat das Bruttosozialprodukt im letzten Quartal 1954 — saisonbereinigt — zum ersten Mal seit Mitte 1953 wieder zugenommen. Diese Zunahme geht vor allem darauf zurück, daß die Nachfrage der privaten Konsumenten auch im letzten Quartal weiter angestiegen ist und die sehr gute Konjunktur im Wohnungsbau weiterhin angehalten hat. Zudem deuten alle Anzeichen darauf hin, daß der Lagerabbau im vierten Quartal des ver-

gangenen Jahres endlich ausgelaufen ist. Die Zunahme des privaten Verbrauchs wurde somit nicht mehr, wie noch in den vorangegangenen Quartalen, durch einen Lagerabbau kompensiert, so daß sich der Mehrverbrauch nunmehr in einer Zunahme des Sozialprodukts auswirken konnte. Die Steigerung des privaten Verbrauchs war im vierten Quartal im wesentlichen durch das Ansteigen des persönlichen Einkommens induziert; in den beiden Vorquartalen dagegen war sie nur durch eine leichte Abnahme der Sparrate bedingt gewesen. Die Automobilindustrie hat — zum Teil schon in Erwartung eines steigenden Absatzes — ihre Produktion stark ausgedehnt; dies und der Aufschwung in der Bauindustrie haben auf andere Produktionsbereiche, hauptsächlich auf die Stahlindustrie, deren Kapazitätsausnutzung ständig stieg, belebend zurückgewirkt. Der Industrieproduktionsindex (saisonbereinigt) stieg daher auf 130 im Dezember 1954 (1947/49 = 100) gegenüber einem Stand von rd. 123 in den Sommermonaten 1954. Die Hälfte des Rückgangs während der letzten „recession“ wurde damit wieder wettgemacht.

Auch in den ersten Monaten dieses Jahres werden noch starke Auftriebsimpulse von der Automobilindustrie ausgehen; sie könnten sich allerdings beim Ausbleiben anderer Auftriebskräfte bald erschöpfen. Für die weitere Konjunktorentwicklung hängt nun alles davon ab, wie die Investitionen auf die bisherigen Marktentwicklungen (also auf die leichte Belebung des Endabsatzes, auf die weiterhin verhältnismäßig niedrigen, aber wohl kaum mehr sinkenden Zinskosten und auf in einzelnen Bereichen etwas steigende Preise bei im übrigen allerdings anhaltendem Preisdruck) reagieren werden, da vom staatlichen Sektor in der nächsten Zeit kaum Anregungen, allerdings auch keine kontraktiven Einflüsse zu erwarten sind. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen zeigen jedoch die Investitionen an Ausrüstungen und Bauten in der gewerblichen Wirtschaft auch im ersten Quartal dieses Jahres noch leicht rückläufige Tendenz. Doch spricht einiges dafür, daß die Wirtschaft in diesem Quartal nun wieder zu Lagerauffüllungen übergehen wird; denn das Verhältnis zwischen Lägern und Monatsumsätzen in der gewerblichen Wirtschaft hatte im vierten Quartal 1954 wieder den niedrigen Stand von rd. 1,6, der vor Beginn der „recession“ im Sommer 1953 zu verzeichnen gewesen war, erreicht. Auch ist

— gemessen am Auftragseingang — mit einer weiteren guten Entwicklung der Investition im Wohnungsbau zu rechnen. Ob die jetzt erfolgte Änderung in der Kreditpolitik — das Abgehen von einer „easy-money policy“ um jeden Preis —, die neuerdings wieder in der für den nächsten Monat angekündigten Ausgabe einer langfristigen Staatsanleihe mit etwas höherem Zinssatz (3 %) zum Ausdruck kommt, nicht doch etwas hemmend auf die Investitionstätigkeit wirken wird, bleibt abzuwarten. Wenn auch durch diese Änderung der monetären Konjunkturpolitik nur spekulative Auswüchse der Aktienkurse und Übersteigerungen am Baumarkt, die etwa durch überhöhte, ungesunde Kreditaufnahme entstehen könnten, verhindert werden sollen, so kann doch nicht verkannt werden, daß damit das dringend notwendige Übergreifen der jetzigen Aufwärtsbewegung im Konsumgüterbereich auf die Investitionen eher gefährdet werden könnte. Am Aktienmarkt ist der Januareinbruch wieder überwunden; die Kurse zogen erneut etwas an, zeigen jetzt aber hohe Empfindlichkeit. Eine Fortsetzung der Kurssteigerung würde nur dann nicht ungesund sein, wenn die bisherige Aufwärtsentwicklung im Konsumgüterbereich sich zu einem allgemeinen Konjunkturaufschwung ausweiten würde.

Zur konjunkturellen Situation Westdeutschlands

Nach der stürmischen, vor allem von der Investitionsgüterindustrie getragenen Aufwärtsbewegung der westdeutschen Wirtschaft gegen Ende des vergangenen Jahres hat das Tempo des konjunkturellen Fortschritts in den ersten Wochen 1955 wieder eine gewisse Beruhigung erfahren. Diese Normalisierung war — unabhängig von der saisonüblichen Abschwächung zu Beginn eines jeden Jahres — schon deshalb zu erwarten, weil jene Sonderfaktoren, wie das Auslaufen des Investitionshilfegesetzes und die Wahrnehmung steuerlicher Vorteile bis zum Ende des vergangenen Jahres, das konjunkturelle Bild des letzten Vierteljahres 1954 vor allem in Richtung übersteigter Aufträge erheblich verfälscht hatten.

Mit dem Fortfall dieser zusätzlichen „incentives“, die zweifellos keinen konjunkturellen Charakter trugen, sind die eigentlichen konjunkturellen Faktoren wieder stärker bestimmend für den wirtschaftlichen Fortschritt geworden.

Von den wenigen bisher zur Verfügung stehenden Indikatoren, die auf ein Nachlassen der Überhitzung und damit auch auf eine Normalisierung des konjunkturellen Geschehens hinweisen, ist vor allem die Entwicklung der Kurzkredite an die Wirtschaft zu nennen, deren Zuwachs im Januar 1955 nicht nur aus saisonüblichen Gründen nachließ, sondern in Reaktion auf die Übersteigerungen Ende 1954 sich erheblich verringerte.

Auch auf der Güterangebotsseite weisen gewisse Anzeichen darauf hin, daß Kapazitäten marktwirksam werden, die während des Auftragsbooms noch nicht produktionsreif waren. Ebenso wird sich die Nachfrageseite in zunehmendem Maße bewußt, daß der tatsächliche Bedarf unter der in den Aufträgen sichtbar werdenden Nachfrage liegt. Selbst wenn die an sich fällige Korrektur bisheriger Übersteigerungen durch neue politische Daten wieder hinausgezögert oder doch stärker behindert werden sollte, so würden auch solche Kräfte in keinem Fall auf eine Wirtschaft stoßen, die unkontrolliert und unkontrollierbar allgemein inflatorischen Auswüchsen erliegen müßte.

In den jüngsten Preisentwicklungen auf jenen Teilgebieten, vor allem der Grundstoffindustrie, die weniger aus einer echten Mangellage als aus künstlich durch übersteigerte Nachfrage geschaffenen „Engpässen“ heraus in die Situation des Verkäufermarktes gerieten, darf dabei trotz aller berechtigten Aufmerksamkeit noch nicht der Beginn einer etwaigen allgemein inflatorischen Tendenz gesehen werden. Dem steht schon entgegen, daß auf anderen wichtigen Gebieten, wie im Verbrauchsgüterbereich, nach wie vor noch Preissenkungstendenzen festzustellen sind, und daß das allgemeine Preisbild durch diese gegenläufigen Kräfte im wesentlichen das Merkmal der Stabilität zeigt.

Andererseits würde man das Problem der Aufrechterhaltung einer allgemeinen Preisstabilität bei Preisdifferenzierungen im einzelnen heute gerade mit Rücksicht auf die neu angemeldeten Ansprüche auf Preiserhöhungen (z. B. Kohle) wohl allzu sehr vereinfachen, wenn man auch in diesen Fällen ausschließlich Anpassungsvorgänge des Marktes sehen würde. Die Anerkennung einer Preiselastizität im einzelnen, die gerade an dieser Stelle als notwendiger Bestandteil der Marktwirtschaft immer wieder als berechtigt und erwünscht bezeichnet wurde, ist jedoch nicht identisch mit der Hinnahme von Preissteigerungen, die in Wirklichkeit nichts oder doch nur sehr am Rande etwas mit Anpassungsvorgängen des Marktes zu tun haben. Soweit diese Preissteigerungen, wie sie etwa bei Stahl und Eisen in den letzten Wochen beobachtet werden konnten, darauf beruhen, daß der echte Bedarf in der Eisen- und Stahlnachfrage von der „Luft“ nicht mehr unterschieden wurde, droht die spätere Korrektur in Gestalt eines entsprechenden Rückschlages zwar wieder vom Markte her, aber die Preissteigerung „hinkt“ in diesem Fall nicht nur erheblich hinter einem bereits abgeklungenen Auftragsboom nach, sondern sie trägt im übrigen nur dazu bei, einen möglichen Rückschlag um so fühlbarer zu machen. Auch scheint es fraglich, ob die jetzt geforderten Kohlenpreiserhöhungen wirklich mit einem echten, eben nur durch den Preismechanismus zu beseitigenden Mißverhältnis zwischen Förderung und Verbrauch begründet werden können. Auch hier scheint vielmehr, ähnlich wie bei Stahl und Eisen, wenn auch mit anderer Begründung von seiten der Interessenten (Kostenaspekt), der Auftragsboom der Investitionsgüterindustrien der scheinbar konjunkturell günstige Ausgangspunkt für derartige Preisforderungen zu sein. Abgesehen von den schon bereits genannten Bedenken muß hier in noch stärkerem Maße als bei Stahl und Eisen geltend gemacht werden, daß derartige Preiserhöhungen, obwohl sie partiell sind, sich immer weniger isolieren lassen und damit geeignet wären, die bisher immer noch stark vorherrschenden Kräfte zur allgemeinen Preisstabilität zu unterhöhlen.

Nach wie vor wird der Fortschritt durch die lebhafteste Investitionstätigkeit bestimmt. Die Zuwachsraten der Verbrauchsgütererzeugung liegen demgegenüber immer noch erheblich unter denen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, wenn sich auch der Abstand infolge des raschen Wachstums von Beschäftigung und Einkommen allmählich verringert. Diese Differenzierungen auf der Erzeugungsseite spiegeln sich auch in der Preisentwicklung wider.

Während im Verbrauchsgüterbereich (mit Ausnahme vor allem der Ernährung) die auf Preiskonstanz und Preissenkung drängenden Kräfte dominieren, machen

sich in den Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterbereichen seit geraumer Zeit gewisse Preisauftriebstendenzen geltend. Diese Tendenzen wurden vor allem dadurch ausgelöst, daß bei einer Reihe von Grundstoffindustrien die Auftragseingänge stark zugenommen hatten, wobei die Bestellungen zum Teil erheblich über dem effektiven laufenden Bedarf der nachgelagerten Produktionsstufen lagen. Während die Übersteigerung, d. h. der spekulative Charakter der Nachfrage auf einigen Märkten (so bei Holz) schon verhältnismäßig frühzeitig sichtbar wurde und hier zum Teil kräftige Preiskorrekturen nach unten erfolgten, traten auf anderen, weniger preisreagiblen Märkten Preissteigerungen auf, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem der Rückgang bzw. das Abflachen der Auftragseingänge bereits ein Nachlassen der Preisauftriebstendenzen von Seiten der Nachfrage anzeigte.

Die Gegenkräfte, die bereits von der Angebotsseite her ausgleichend wirkten, waren zu einem Teil in der starken Steigerung der Einfuhr zu finden. Im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember lagen die Einfuhrwerte mit einer Zuwachsrate von 30 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um rd. das Doppelte über der Zunahme der Ausfuhr. Unter

devisenpolitischen Gesichtspunkten wäre eine weitere anhaltende Zunahme der Einfuhren ohne weiteres möglich. Die Devisenbestände (gegenwärtig rd. 11 Mrd. DM) wachsen, wenn auch langsam, stetig weiter, wobei sich der Anteil der Gold- und Dollardevisen sogar erhöht. Inwieweit der von bestimmten Spannungsfeldern der westdeutschen Wirtschaft ausgehende Preisauftrieb durch eine weitere Öffnung des Einfuhrventils gemildert werden kann, hängt zur Zeit zwar nicht von dem Umfang des (in Westdeutschland großen) Zahlungsbilanzspielraumes ab, wohl aber von dem Verhältnis der Weltmarktpreise der einzuführenden Güter zu den Preisen der konkurrierenden Inlandsgüter. Gerade aber bei einer Reihe wichtiger Grundstoffe, so bei Kohle und Stahl, liegen die Auslandspreise zum Teil nicht nur über den Inlandspreisen, sondern sie haben sich im Rahmen des stark ausgeprägten internationalen Booms für diese Grundstoffe in der letzten Zeit vielfach weiter erhöht. Auch Zollsenkungen bei den ohnehin nur gering verzollten Grundstoffen würden die Preisunterschiede hier kaum ausgleichen. Um so wirksamer ist jedoch die Erweiterung der Einfuhrschleusen selbstverständlich in den Fällen, in denen hohe Zollsätze die Inlandserzeugung von der Konkurrenz des Auslandes abgeschirmt haben.

Der Wohnungsbau im sowjetischen Besatzungsgebiet

In der SBZ sind bis zum Beginn des Fünfjahrplanes am 1. Januar 1951 nur sehr wenige Wohnungsneubauten errichtet worden. Eine Ausnahme macht der Wohnungsbau im Rahmen des Neubauernbauprogramms, das in der Zeit von 1947 bis 1953 den Bau von insgesamt 145 000 Wohnungen vorsah, von denen bis einschließlich 1950 64 000 Wohnungseinheiten fertiggestellt wurden. Einzelne Versuche, wie der im Jahre 1946 bekanntgegebene großzügige Wiederaufbauplan für Dresden, sind am Einspruch der Besatzungsmacht und an Materialmangel gescheitert.

Gemessen an der Zahl der Haushaltungen¹⁾ läßt sich der Bedarf an zusätzlichen Wohnungen in Mitteldeutschland zu Beginn des Jahres 1951 auf etwa eine Million Wohnungen schätzen. Demgegenüber war in Westdeutschland, das neben umfangreicheren Zerstörungen auch noch eine größere Zuwanderung erlebt hatte, zum gleichen Zeitpunkt ein Wohnungsdefizit von 4,2 Millionen Wohnungen vorhanden. Allerdings wurden in der Bundesrepublik zur Beseitigung der Wohnungsnot besondere Anstrengungen unternommen, während in dem ab 1951 laufenden Fünfjahrplan der SBZ der Wohnungsbau am Schluß der Dringlichkeitsliste des Investitionsprogrammes stand.

Von der Gesamtinvestitionssumme von 28,6 Mrd. waren 3,456 Mrd. DM, also rd. 12 vH für den Wohnungsbau einschließlich des Neubauernbauprogramms vorgesehen. Mit dem auf den städtischen Wohnungsbau entfallenden Betrag sollten in den 53 wichtigsten Städten²⁾ 10,1 Mill. qm Wohnfläche „wiederhergestellt bzw. neu aufgebaut“³⁾ werden.

Die Zahl der zu errichtenden Wohnungen wurde mit 240 000 angegeben, das hätte bei der zu schaffenden Wohnfläche eine Durchschnittsgröße von rd. 42 qm und einen Durchschnittskostensatz von 14 400 DM pro Wohnung bedeutet. Den Schwerpunkt des Bauprogramms — etwa 75 vH der Wohnungen — sollten Zwei- und Dreizimmerwohnungen bilden. Mit diesem Bauprogramm hätte in den fünf Jahren bis Ende 1955

der Wohnungsmangel um rd. 25 vH vermindert werden können.

Allerdings ist die im Gesetz genannte Zahl von 240 000 Wohnungen offiziell später nie wieder erwähnt worden. Sie wäre auch nur dann zu realisieren gewesen, wenn entweder die Baumittel oder der Anteil der Ein- und Zweizimmerwohnungen auf Kosten der größeren Wohnungstypen wesentlich erhöht worden wäre. Bereits zur Zeit der Planung — im Jahre 1950 — war nämlich ein höherer Kostensatz je Wohnung erforderlich als ursprünglich angenommen. Seitdem haben sich die Baupreise weiterhin stark erhöht, so daß ein Durchschnittskostensatz von etwa 20 000 DM statt 14 000 DM hätte zugrunde gelegt werden müssen. Infolgedessen konnten die Programmmzahlen nicht verwirklicht werden. Vielmehr ist die Zahl der in den Jahren 1951 bis 1954 — also in den ersten vier Planjahren — in der SBZ und in Ost-Berlin gebauten Wohnungen nur auf 108 000 zu veranschlagen.

Der Wohnungsbau im Fünfjahrplan der SBZ¹⁾

Jahr	Errichtete Wohnungen (einschl. der wiederhergestellten)		Erfüllung des Fünfjahrplanes bis einschl. des Berichtsjahres in vH
	Anzahl	1951 = 100	
1951	2) 18 627	100,0	7,7
1952	2) 17 463	93,7	15,0
1953	3) 33 250	178,7	18,0
1954	4) 39 000	209,3	42,0

1) Einschl. Ost-Berlins. — 2) Nach Unterlagen des DIW. — 3) „Tägliche Rundschau“ vom 14. 4. 1954: Grund- und Zusatzprogramm des Wohnungsbaus (Soll = 35 000 Wohnungen) zu 95 vH realisiert; davon 66 vH volkseigener und 34 vH genossenschaftlicher und privater Wohnungsbau. — 4) Schätzung des DIW.

Dennoch ist bemerkenswert, daß nach den mäßigen Bauergebnissen der ersten beiden Planjahre 1951 und 1952 seit 1953 eine Intensivierung des Wohnungsbaues vorgenommen wurde. Im Rahmen der Maßnahmen des „Neuen Kurses“ wurde der Anteil der Wohnungsbau-mittel an den Gesamtinvestitionen von früher 12 bis

1) Einschl. eines Teils der Ein-Personen-Haushaltungen.

2) Einschl. Ost-Berlins.

3) Fünfjahrplan-Gesetz, § 9/3.

13 vH auf 17 bis 18 vH erhöht und dementsprechend stieg die Zahl der errichteten Wohnungen von je rd. 18 000 Wohnungen 1951 und 1952 auf 33 000 und 39 000 Wohnungen in den beiden folgenden Jahren. Das Bauergebnis hätte 1953 und 1954 noch stärker zugenommen, wenn nicht durch die starke Erhöhung der Baupreise ein wesentlicher Teil der Mittelbereitstellungen „zunichte“ gemacht worden wäre. So wurden beispielsweise im Jahre 1954 gegenüber 1951 die Finanzierungsmittel um 130 vH erhöht. Infolge der Preiserhöhungen um etwa 40 vH wurde jedoch nur eine Zunahme der realen Bauleistung um 64 vH erzielt.

Mittel für den Wohnungsbau in der SBZ¹⁾

Jahr	in Mill. DM	1951 = 100	in vH der Gesamtinvestitionen
1951 . . .	443	100	12,8
1952 . . .	554	125	12,2
1953 . . .	887	189	16,6
1954 (Plan)	2) 1019	230	17,7
1955 (Plan)	1090	246	21,3

¹⁾ „Deutsche Finanzwirtschaft“, Jg. 1954, Nr. 20; „Tägliche Rundschau“ vom 2.9.1954. — ²⁾ Davon 764 Mill. DM für den volkseigenen Wohnungsbau.

Mit Abschluß des Jahres 1954 war das Wohnungsdefizit in Mitteldeutschland von etwa einer Million auf rd. 0,9 Mill. Wohnungen zurückgegangen; in der gleichen Zeit sank es in Westdeutschland von 4,2 auf 3,1 Mill. ab. Rechnet man für 1955 in Mitteldeutschland mit einer Bauleistung von etwa 40 000 Wohnungen, so wäre damit das Ziel des Fünfjahrplans insgesamt nur zu rd. 62 vH erreicht. Das Wohnungsdefizit betrüge dann immer noch 0,85 Mill. Wohnungseinheiten, und hätte damit nur um 15 vH abgenommen. Für Westdeutschland dagegen kann — bei ständiger Bevölkerungsvermehrung — ein Absinken des Defizits auf 2,6 Mill. Wohnungen oder um 40 vH am Schluß des Jahres 1955 vorausgesagt werden. Nach Abschluß des Jahres 1955 dürften seit Ende 1950 in Westdeutschland auf 1000 Einwohner 53 neue Wohnungen, in Mitteldeutschland dagegen nur 8 gebaut worden sein. Bereits im Jahre 1962 wird in Westdeutschland das Wohnungsdefizit bei Anhalten der augenblicklichen Bauleistung völlig beseitigt sein, während dieser Zustand im sowjetischen Besatzungsgebiet bei einer jährlichen Bauleistung von 50 000 Neubauten erst im Jahre 1973 erreicht werden würde. Selbst unter Berücksichtigung der im zweiten Fünfjahrplan vorgesehenen insgesamt 350 000 Wohnungsbauten, also einer jährlichen Durchschnittsleistung von 70 000 Wohnungen, ließe sich das Wohnungsdefizit in Mitteldeutschland frühestens im Jahre 1970 beseitigen.

Doch solange in der SBZ die Benachteiligung des Wohnungsbaus zugunsten der Industrie, Verwaltungs-, Kultur-, Militär- und politischen Bauten anhält und die materiellen und finanziellen Bedingungen nicht verbessert werden, ist nicht damit zu rechnen, daß die Ziele des zweiten Fünfjahrplanes im Wohnungsbau erreicht werden. Insbesondere ist der hohe Aufwand bei Wohnungsbauten zu repräsentativen Zwecken einer schnelleren Beseitigung der Wohnungsnot hinderlich. „An der Magistrale in Rostock kostet der cbm umbaute Raum 91,70 DM und die Wohnungseinheit 55 390 DM“; an der Ringbaustelle in Leipzig soll der cbm umbaute Raum laut Plan 130 DM und die Wohnungseinheit bei dem gleichen Aufwand wie

in Rostock 78 520 DM kosten⁴⁾. Besonders hoch sind die Baukosten in der Frankfurter Allee (Stalin-allee) in Ost-Berlin, wo für eine Dreizimmerwohnung bis zu 90 000 DM veranschlagt werden.

Die im Wohnungsbau bevorzugten Bezirke Mitteldeutschlands sind die Industriebezirke Ost-Berlin, Dresden, Halle, Chemnitz und Rostock. Im Jahre 1954 sollten die einzelnen Bezirke für den volkseigenen Wohnungsbau nach einem Verteilungsplan über eine Summe von rd. 700 Mill. DM (70 vH der Gesamtmittel) die folgenden Teilbeträge erhalten (in Mill. DM):

Rostock	55,3	Erfurt	25,0
Schwerin	9,8	Gera	34,4
Neubrandenburg	29,8	Suhl	8,8
Potsdam	24,4	Leipzig	47,6
Frankfurt	28,1	Chemnitz	62,9
Cottbus	26,2	Dresden	72,5
Magdeburg	52,4	Ost-Berlin	157,4
Halle	71,2		

Auch ein Vergleich mit anderen Bauinvestitionen verdeutlicht die geringe Bedeutung des Wohnungsbaus im sowjetischen Besatzungsgebiet. So waren z. B. für die Staatsoper Unter den Linden in Ost-Berlin ohne die Entrümmungskosten bereits bis zum Jahre 1953 mehr als 82 Mill. DM aufgewendet worden. Erweiterungsbauten des S-Bahnhofes Wuhlheide in Ost-Berlin beanspruchten im Jahre 1953 16 Mill. DM.

Die Presse der SBZ hat bisher nur Einzelangaben über den Wohnungsbau in verschiedenen Bezirken gemacht. In Ost-Berlin entstanden 1952 nur 1500 neue Wohnungen, im Jahre 1953 3932 Wohnungen und im Jahre 1954 dürften es ebenfalls rd. 4000 Wohnungen gewesen sein. Im Bezirk Dresden sollten 1954 3863 neue Wohnungen errichtet werden, es entstanden nur 3133. Der Bezirk Neubrandenburg hat sein „Bausoll“ von 1187 Wohnungen im Jahre 1954 nicht erfüllen können. Im Bezirk Erfurt sollen 1954 1097 Wohnungen mit einem Aufwand von 20 Mill. DM gebaut worden sein. Mit dem gleichen Aufwand sollen 1955 in diesem Bezirk 996 Wohnungen entstehen. Während im Jahre 1953 dem Bezirk Magdeburg im Zuge des „Neuen Kurses“ zusätzlich 30 Mill. DM zum Bau von 2800 Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden, sollen dort 1955 840 Wohnungen mit einem Aufwand von 54 Mill. DM entstehen.

Produktionstechnisch ist der Wohnungsbau in der SBZ völlig unzureichend industrialisiert und die Arbeitsvorgänge sind zu wenig mechanisiert. Der dadurch erhöhte Bedarf an Arbeitskräften konnte bisher zu keiner Zeit voll gedeckt werden. Fehlplanungen, hoher Materialverschleiß, steigende Baustoffpreise und Lohnerhöhungen sind für die gesamte Bauindustrie der SBZ kennzeichnend geworden. Der Anteil der „unproduktiv Beschäftigten“ in den staatlichen Baubetrieben ist seit 1950 ständig gestiegen. Er betrug 1953 in den „örtlichen Baubetrieben“ 12 vH, in den zentralgeleiteten Betrieben 17 vH und in den Baubetrieben Ost-Berlins sogar 20 vH⁵⁾.

Durch die von der Bauakademie in Ost-Berlin jetzt stark propagierte Typisierung des Wohnungsbaus können wohl Vorbereitungs- und Projektierungskosten gesenkt werden, aber ohne eine bessere Industrialisierung und Mechanisierung des Wohnungsbaus sind keine entscheidenden Änderungen der augenblicklichen Kosten- und Materiallage zu erreichen.

⁴⁾ „Neues Deutschland“ vom 1. Februar 1955.

⁵⁾ „Deutsche Finanzwirtschaft“, Jg. 1955, Nr. 5. S. 234.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig,

Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin. — Statistisches Amt des Saarlandes.

1) Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — 2) Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — 3) Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (F.A.Z.). — 4) 30 Stammaktien, London Financial Times). — 5) Dow Jones, 30 Industrieaktien. — 6) Basis der Indexziffern für Januar 1954: 1935/39 = 100. — 7) Stand Ultimo.